

Wien.

Die chinesische Flottenstudienkommission scheint von dem Empfang, den sie in Deutschland gefunden hat, außerordentlich befriedigt zu sein. Wie der chinesischen Zeitung „Schenpao“ telegraphisch aus Peking gemeldet wird, berichtete Prinz Taishan an den Thron, die Marinestudienkommission sei nirgends so freundlich aufgenommen und so gut unterrichtet worden wie in Deutschland. Hoffentlich trägt später diese Anerkennung greifbare Früchte für die deutsche Industrie.

Lokale und sächsische Nachrichten.

Dresden, 3. Februar. Die bulgarische Sondergesandtschaft ist, von Berlin kommend, heute vormittag hier eingetroffen und hat im Hotel „Europäischer Hof“ Wohnung genommen.

Zwickau, 3. Februar. In einem hiesigen Schacht ist gestern der 21 Jahre alte Fördermann Curt Klöcker von einem vollen Kohlenbündel überfahren worden. Der Unglückliche hat dabei so schwere Quetschung des Unterleibs und innere Verletzungen erlitten, daß der Tod alsbald eintrat. Ein zweiter Arbeiter wurde von dem Hund zur Seite geschleubert und leichter verletzt.

Delsnitz i. B., 3. Februar. Totgedrückt wurde am Mittwochabend der von der Fabrikarbeit heimkehrende 64 Jahre alte Weber Witz aus dem benachbarten Lauterbach. Die Pferde eines im entgegenkommenden Geschirre prallten beim Durchgehen mit dem Wagen an einen Straßenbaum; dadurch stürzte eine 4 Zentner schwere Kiste vom Wagen und zerquetschte dem auf die Seite springenden alten Mann den Kopf.

Schopau, 2. Februar. Vielfachen Wünschen aus den Reihen des Rates und der Stadverordneten und weiter Bürgerreise entsprechend, wurde Herr Bürgermeister Dr. jur. Paul Schneider auf Lebenszeit zum Bürgermeister von Schopau gewählt.

Wolkenstein, 3. Februar. Eine durchgehende Talstraße von Wolkenstein bis Jöhstadt wird erstrebt. Zu ihr fehlt noch das Verbindungstück von Boden bis Streckendamm. Der Bau dieser Straße ist auf 208.000 M. veranschlagt und soll vom Staat ausgeführt werden, wenn die beteiligten Gemeinden und Privatpersonen eine entsprechende Summe hierzu beitragen.

Eine Gesamt-Vorstandsitzung des Erzgebirgsvereins fand am Sonntag in Chemnitz unter dem Vorsitz des Herrn Seminar-Oberlehrer Mödel statt. Zuerst berichtete Herr Oberlehrer Müller-Chemnitz über die Vollendung des neuen Anbaues am Fichtelberg. Der Neubau ist Ende des alten Jahres in Benutzung genommen worden. Die Bausumme beträgt bis jetzt gegen 82000 M. Es sind zur Zeit 88 Betten verfügbar. Ein Antrag, im Sommerhause ein Panorama aufstellen zu lassen, wird vorläufig abgelehnt, da man jetzt noch nicht über die Räume verfügen kann. Einstimmig spricht man sich über den Neubau sehr günstig aus. Für Wegeinstandsetzung während des Baues und nach demselben sind 528 M. aufgewendet worden. Vertragsmäßig hat dafür der Baumeister aufzukommen. Was die Vorbereitung des Prinzenweges und die Zurücknahme des Verbotes des Automobilverkehrs betrifft, so ist dafür zur Zeit im Finanzministerium keine günstige Stimmung, da zur Bewilligung von Begehrkosten Mittel fehlen. Man will zu geeigneter Zeit erneute Schritte tun. Ueber die Kosten der Erhöhung des alten Hauses und des Aussichtsturmes, wodurch der ganze Erweiterungsbaue vollendet wird, berichtete der Vorsitzende des Bauausschusses, Herr Oberlehrer Müller. Es werden mindestens 38000 M. erforderlich sein. Man ist der Ansicht, daß diese Summe aufzubringen ist, damit man den vollen Plan zur Ausführung bringen kann. Der Entwurf des Pachtvertrages mit dem Wirt hat dem Verfassungsausschusse vorgelegen. Die Kautions, die der Wirt stellen muß, soll auf die nächsten drei Jahre 3000 M. danach 6000 M. betragen. Ueber die Unterhaltung des Ruchsel- und Hörnerchlittenweges soll ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden. Eine Anzahl allgemeiner Bestimmungen sollen vom Ausschusse noch nachgetragen werden. Das Sommerferien-Verzeichnis soll wieder für 1910 herausgegeben werden. In Berlin sollen Lichtbildvorträge über erzgeb. Sommerferien veranstaltet werden. Die Beratung über die Schülerbergs-Angelegenheit (Erweiterung des Netzes, Verteilung der Ueberflüsse von Hohenelbe usw.) soll erst in einem Ausschusse noch vorbereiten und dann in der nächsten Sitzung des Vorstandes erledigt werden. Um Unglücksfälle bei Beratungen von Winterportlern, Schneeschuhfahrern u. dergl. zu verhüten, sollen Tafeln mit Angaben und Notsignalen ausgehängt werden. Mit den böhmischen Erzgebirgsvereinen soll engere Fühlung durch gemeinsame Vorstandszusammenkünfte gesucht werden. Mit Freuden begrüßte man den Plan einer Omnibusverbindung von Joachimsthal nach dem Fichtelberg. Die Petition des Vereins für die Sächsische Schweiz gegen das neue Forststrafgesetz soll mitunterzeichnet werden. In Berlin soll am 18. März bis 15. Mai 1911 eine internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr abgehalten werden. Man beschloß die Beteiligung des Erzgebirgsvereins anzumelden. Wenn irgend möglich, soll ein Modell des Gesamtbaues des Fichtelberghauses für diese Ausstellung hergestellt werden. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Hauptversammlung einer Einladung des Chemnitzer Zweigvereins gemäß am Ende der Herbstferien stattfinden solle. Vorher wird sich noch die Abhaltung einer Vorstandssitzung nötig machen.

Streiklausel. Die Sächsischen Politischen Nachrichten schreiben: In achteinhalbstündiger sozialpolitischer Debatte behandelte die Zweite Kammer des sächsischen Landtags am Dienstag, 1. Februar, zwei freisinnige und zwei sozialdemokratische Anträge. Ein vom sozialdemokratischen Abg. Fräßdorf und Genossen unterzeichneter Antrag ist für den Mittelstand von weittragender Bedeutung. Die Sozialdemokratie verlangt nämlich, die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu eruchen, anzuordnen, daß bei Vergebung von staatlichen Arbeiten nur Unternehmer berücksichtigt werden, die mit den Arbeiterorganisationen Tarifverträge abgeschlossen haben und daß in diese Tarifverträge Streiklauseln nicht aufgenommen werden dürfen. Niemand weiß es besser als die kleinen Unternehmer aus dem Mittelstand, daß gerade sozialdemokratische Gewerkschaften mit rigorosen Lohnforderungen an den Arbeitgeber dann herantreten, wenn er zur Einhaltung einer unterzeichneten Lieferungsfrist gezwungen ist. Verweigert in diesen Fällen der Unternehmer die Lohnforderung, so antwortet die Arbeiterchaft mit Streik. Die Streiklausel bezweckt nur, daß die

Lieferungsfrist so lange ruht, als der Streik währt. Wenn nun die Sozialdemokratie diese Klausel in die Tarifverträge nicht aufnehmen beabsichtigt, so wünscht sie das kleine Unternehmertum völlig in die Abhängigkeit von den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu bringen. Denn, entweder zahlt der kleine Unternehmer bei Nichterhaltung der Lieferfrist die vereinbarte Konventionalstrafe, oder er zahlt höhere Löhne, die er freilich beim Rokenanschlag nicht mit einzahlt hätte. Ist nun die Streiklausel mit in den Tarifvertrag aufgenommen worden, so ist der kleine Unternehmer in jedem Falle geschützt. Mit besonderer Wärme trat nur der konservative Redner (Abg. Schreiber) der sozialdemokratischen und freisinnigen Forderung auf Beseitigung der Streiklausel entgegen. Da die Anträge aus der Reichstagsdeputation nochmals im Plenum erscheinen werden, ist nur zu wünschen, daß dann die bürgerlichen Parteien geschlossen dieser Mittelstandsfrage beitreten möchten.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 3. Februar 1910.

Der Reichstag beendete die Kolonialgeneraldebatte. Alle Kolonialrats werden genehmigt. Abg. Lattmann (wirtschaftl. Bg.) gestellte, daß einem Somalishäuptling in Ogenbeds Tierpart feierlichst das Abg. Ehrenzeichen überreicht wurde. Unterstaatssekretär Lindequist widerlegte verschiedene Behauptungen des Abg. Roske. Der Aufschwung der Tabakkultur und der Kleiniedlungen in Ostafrika sei unseugbar. Abg. Storz (Südd. Bp.) beflagte die Differenzen zwischen Zentral- und Lokalverwaltung in Deutsch-Südwest. Nach Ausführungen der Abgg. Roske (Soz.), Pöller (fr. Bg.) und Erzberger (Str.) gab Staatssekretär Dernburg verschiedene Erklärungen ab. Die Regierung habe ein Interesse daran, deutsche Missionen in ihren Kolonien zu haben, das sei nötig, um den Zusammenhang mit der Heimat aufrecht zu erhalten. Abg. Müller-Reiningen (fr. Bg.) bezeichnete es als unerhört, daß ein französischer Bischof in Samoa den Angehörigen der katholischen Kirche Kirchenstrafen androhe, falls sie die deutsche Regierungsschule besuchen. Beim Etat für Ostafrika kritisierte Abg. Arendt (Kp.) die geltende Währung, die entschieden unpraktisch sei. Auch Abg. Werner (Kp.) trat ebenfalls für Einführung der Reichswährung ein. Staatssekretär Dernburg erklärte die Zeit für einen Wechsel der Währung noch nicht für gekommen. Freitag 1 Uhr. Etat des Reichstags. Schluß 7,47 Uhr.

Sächsischer Landtag.

H. Dresden, 3. Februar. Erste Kammer. Präsident Graf Bismarck von Eckstädt eröffnet die Sitzung, zu der auch Prinz Johann Georg erschienen ist, um 12 Uhr. Das Haus ist nur schwach besetzt, die Tribünen sind schwach besucht, füllen sich aber allmählich. Am Regierungstische Kultusminister Dr. Beck und Kommissare. Punkt 1 der Tagesordnung, Vortrag aus der Registrande und Beschlüsse auf die Eingänge, erledigt sich ohne Debatte. Zu den Punkten 2-4, die dem Ressort des Kultusministeriums angehören, referiert im Auftrage der zweiten Deputation Oberbürgermeister Dr. Beutler-Dresden und beantragt, gleich der Zweiten Kammer die bei den Kapiteln 88-90 des ordentlichen Etats 1910/11, Kultusministerium, evangelisch-lutherisches Landeskonfistorium und katholische geistliche Behörden, 94, Gymnasien, Realgymnasien z., 97, katholische Kirchen und wohltätige Anstalten, eingestellten Summen nach der Vorlage zu bewilligen. Kultusminister Dr. Beck dankt zunächst der Kammer für das geneigte Wohlwollen gegenüber dem Kultus- und Schuletat, der bereits 12 Prozent des gesamten Staatshaushaltsetats in Anspruch nehme. Es seien bereits, dem Bestreben nach möglichster Vereinfachung der staatlichen Verwaltungsorgane entsprechend, im Ressort des Kultusministeriums solche Vereinfachungen nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt worden. Weitere Vereinfachungen würden durch die Volksschulreform herbeigeführt werden, mit der sie in engstem Zusammenhang ständen. Die Anträge zu den Kapiteln 88-90 werden einstimmig gutgeheißen. Bei der Debatte über Kapitel 94 richtet Kultusminister Dr. Beck an die Gemeinden das Ersuchen, genau zu prüfen, ob ein Bedürfnis zur Errichtung einer Finanzschule vorliege. Es handle sich nicht allein um die finanziellen Lasten, sondern auch um die Frage, ob genügend Schüler für eine solche Anstalt vorhanden seien. Die ersten Abiturienten von Oberrealschulen würden Ostern 1910 die Abgangsprüfung abzuliegen haben. Oberbürgermeister Keil-Zwickau erörtert die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Realgymnasien. Der Wunsch nach größerer Stetigkeit in den Besoldungswünschen sei nicht in Erfüllung gegangen. Es liege bereits wieder eine Petition aus Zwickau vor, deren Berechtigung er aber nicht anerkennen könne. Zu Beseitigung von Härten sei er jederzeit bereit, hier handle es sich um belanglose Kleinigkeiten. Möge man die Petition in den wohlverdienten Orkus befördern. (Weiterleit.)

Va banque.

Detectivroman von F. Edward Pfleger. (26. Fortsetzung.)

Das Gericht beschließt, dem Antrag des Verteidigers Folge zu geben. Darauf wird als nächster Zeuge Doktor Dalberg aufgerufen. Er sagt in kurzen, knappen Worten aus, wie er anfänglich der Meinung gewesen sei, daß die Brüder die Rolle vertauscht, wie er dann aber im Auftrage der Braut des Verstorbenen als Privatdetektiv neue Ermittlungen angestellt habe, immer noch in der Ueberzeugung, daß der tote Robert, der Entlohene Günther Malling sei. Da habe ein Barbier aus Halle, angeregt durch die Zeitungsberichte, der Berliner Kriminalpolizei freiwillig mitgeteilt, daß am 9. September vormittags, kurz nach dem Eintreffen des Berliner Juges etwa um halb zehn Uhr ein Mann bei ihm eingetreten sei, der einen kurzen, blonden Denrygnatre getragen habe, den er sich vollständig habe abrasieren lassen.

Präsident: Wie beeinflusste dies nun Ihre Ueberzeugung? Dalberg: Wir hatten inzwischen die Nachricht bekommen, daß unser Mann... wir konnten ja nun auf Grund der Photographie Robert Mallings ein genaues Signalement geben... in Trief die „Lutetia“ bestiegen habe. Wir wußten daher, daß der Entlohene über Dresden gereist sein mußte und da Günther Malling barlos war, so konnte nur Robert Malling der Täter sein. Von diesem Augenblick an kam ich zu der Ueberzeugung, daß eine Verwechselung der Brüder nicht statgefunden habe. Justizrat Malchow: Herr Doktor Dalberg, haben Sie sich nicht ein Urteil darüber gebildet, aus welchem Grunde vielleicht Robert Malling sich in Halle den Vollbart rasieren ließ, den er dann auf dem Schiffe und in Amerika wieder nötig hatte.

Dalberg: Ich bin der Ueberzeugung, daß es geschah, um die Behauptung vorzubereiten, daß er Günther Malling sei. Staatsanwalt: Der Herr Zeuge ist also der Meinung, daß es sich um einen vollkommen überlegten Plan, selbst für die Ermordung des Bruders handelte, daß also ein Totschlag nicht vorlag.

Dalberg: Ja, dieser Meinung bin ich vollkommen, denn Robert Malling war aus den Briefen, die er mit seinem Bruder wechselte... jenen Briefen, die ich in der Geheimkassette aufgefunden... auf das genaueste über die Pläne und Absichten seines Bruders informiert, ich glaube, daß Robert Malling den Tod seines Bruders gewollt hat, um in den Besitz der Lebensversicherungssumme zu gelangen.

Justizrat Malchow: Wie erklärt sich der Herr Zeuge nun, daß der Angeklagte trotzdem auf die Million verzichtete? Dalberg: Immer aus der Tendenz heraus, sich für Günther auszugeben. Wir müssen bei diesem Verbrechen die Absicht der Verwechselungscomödie stets als den roten Faden betrachten, an dem der Verbrecher alle seine Taten aufreichte.

Präsident: Will uns der Herr Zeuge die Punkte kurz skizzieren, die ihn bis zu seiner jetzigen Auffassung geführt haben? Dalberg: Zunächst konnte ich ermitteln, daß Robert Malling, dessen Charakter keineswegs dem Bilde entsprach, das sein Bruder... aus welchem Grunde ist gleichgültig... von ihm verbreitet wissen wollte und das auch der Profkurt Schneider von ihm hatte. Robert Malling ist ein durchaus intelligenter Mensch, wenn auch etwas verkommen, aber immerhin wohl imstande, das Wort seines Bruders zu Ende zu führen. Von Anfang an drängte sich uns die Ueberzeugung auf, dieser Robert Malling, der ja nur allein Vorteil an dem Tode seines Bruders hatte, stehe in irgend welchem Zusammenhange mit dem Morde. Aus diesem Grunde verfolgten wir ihn und gerieten zuerst auf eine falsche Spur, indem wir einen alten Gauner, der den Verbrechensnamen „Blechhase“ führte, ermittelten. Die Blechhase besaß die Papiere Robert Mallings und lag unter seinem Namen als Taschendieb... in der Verbrecherprache „Toschdrucker“... in Dresden und den umliegenden Gegendorten seinem langwierigen Gewerbe ob. Als wir den Mann ermittelten hatten, war die Feststellung vermög des Verbrecheralbums und des Vertikonschen Messverfahrens ziemlich einfach. Die Blechhase leugnete auch gar nicht, gestand zu, daß er die falschen Papiere in Dresden in einer Herberge gefunden, heißt im Verbrechergargon gestohlen... damit hatten wir einen Anhaltspunkt, denn die Briefe trugen niemals die Bezeichnung des Aufgabewortes. In Dresden gelang es uns ziemlich leicht den Aufenthalt Robert Mallings festzustellen und zu ermitteln, daß er am 6. September die Stadt verlassen und seitdem nicht wieder zurückgekehrt war. Ich will noch hinzufügen, daß Robert Malling sich einen neuen Paß hat ausstellen lassen, der bei dem Angeklagten gefunden worden ist.

Justizrat Malchow: Der Herr Zeuge weiß doch, daß der Angeklagte eingesteht, den Paß aus den Kleidern seines Bruders entnommen zu haben? Dalberg: Ich weiß das natürlich, Herr Justizrat, aber ich glaube nicht daran, denn wie Ihnen aus dem Gang der Verhandlung und aus der Voruntersuchung bekannt sein wird, halte ich den Angeklagten für Robert Malling, also den Paß für seinen rechtmäßigen Besitz.

Präsident: Wollen Sie noch etwas bekunden, Herr Doktor? Dalberg: Das Gericht verlangt von mir, daß ich die Punkte angeben sollte, die mich zu der Ueberzeugung brachten, daß der Angeklagte und Robert Malling dieselbe Persönlichkeit sind. Da ist denn weiter der amerikanische Bürgerbrief Robert Mallings, der ja an Gerichtsstelle niedergelegt wurde. Wir wissen alle, daß man Bürger der Vereinigten Staaten nur werden kann, wenn man fünf Jahre im Lande gelebt hat und da kein geordnetes Medewesen besteht, so muß die Behörde sich damit begnügen auf das Zeugnis zweier Bürger hin die Urkunde auszustellen. Diese beiden Bürger hat Robert Malling herbeibringen verstanden. Sie haben bekundet, daß sie ihn bereits fünf Jahre kennen und mit ihm in Amerika während dieser Zeit zusammen gearbeitet haben. Dieses Zeugnis war falsch. Die Kriminalpolizei hat den Aufenthalt Robert Mallings fünf Jahre zurück mit Sicherheit ermitteln können und daraus ging hervor, daß er Deutschland nicht verlassen hat. Der Bürgerbrief ist also nur genommen worden, um einen Mißbetrois führen zu können.

Rechtsanwalt Burnet: Woher will der Herr Zeuge wissen, daß die beiden amerikanischen Bürger, die doch ihre Aussage mit einem Eide bekräftigt haben, etwas Falsches bezeugen? Dalberg: Während der letzten Zeit meines Aufenthaltes in Amerika habe ich im Auftrage der Behörde Ermittlungen angestellt und die beiden Zeugen aufgefunden, sie haben bereits eingestanden, daß sie gegen Zahlung von je hundert Dollars den Meineid geleistet. Das amtlich beglaubigte Protokoll ist wohl in den Akten des Herrn Ersten Staatsanwalts?

Präsident: Haben Sie in dieser Frage noch etwas zu bekunden? Dalberg: Wenn es gestattet ist, möchte ich noch auf ein psychologisches Moment aufmerksam machen.

Präsident: Bitte sehr, Herr Doktor. Dalberg: Ich habe den Angeklagten in Amerika scharf beobachtet und ich muß gestehen, daß er allerdings einige Züge seines Bruders zeigte. Wie er sich räuspert und wie er spricht, das hat er ihm glücklich abgesehen. Dazu kommt die verblüffende Ähnlichkeit des Zwillingspaars. Die Tatsache jedoch, daß er sich mit Miss Woodhouse verlobte, spricht in entscheidender Weise für die Identität Roberts.

Ich gebe dem Gerichte anheim, die Briefe, die Günther Malling mit seiner Braut wechselte, verlassen zu lassen, dann werden die Herren Geschworenen zu der Ueberzeugung kommen, daß der Mann, der eine so tiefe Herzensneigung für eine so begehrenswerte junge Dame hegte, nicht wenige Wochen darauf einen anderen Gendensbund schließen kann.

Rechtsanwalt Burnet: Weiß der Herr Zeuge etwas Genaueres, wie die Verlobung zustande kam? Präsident: Ich glaube, das tut nichts zur Sache, denn die Tatsache, daß der Angeklagte sich mit der jungen Dame verlobte, wird doch wohl von der Verteidigung nicht bestritten.

Das Gericht beschließt die Verlesung der Briefe Günther Mallings. Es tritt dann eine Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung meldet der Gerichtsdienner, daß Fräulein Rita von Langsdorf angekommen sei und es wird beschlossen, die junge Dame sofort zu vernehmen. Auch diese betritt den Saal, erschrickt bei dem Anblick des Angeklagten heftig und stößt laut und vernehmlich den Ruf „Günther“ aus, eilt auf ihn zu und will ihm die Hand reichen, woran sie jedoch eine Mahnung des Präsidenten verhindert.

Nachdem die Zeugin ihre Personalien angegeben hat, bekundet sie auf die Frage des Präsidenten, was sie über die Identität des Angeklagten anzufügen habe. Sie habe beim Anblick der Leiche, die sie zur Erinnerung für sich habe mal sehen wollen, einen unüberwindlichen Widerwillen gefühlt und so außerordentlich viel fremde Züge auf dem Gesichte des Toten entdeckt, daß sie sich zu der Meinung des Herrn Doktor Dalberg habe bekennen müssen, der ja gleichfalls den Toten für Robert Malling gehalten.

Justizrat Malchow: Ich meine die Aussagen der Zeugin, die ja als berühmte Porträtmalerin wohl ein Urteil über die

Stollno... die Frage... Angeklagte... Rita... Prä... kleiden? ... Rita... Staa... frappante... Rita... bis jetzt... ihren Will... abgeben. ... Der... Prüfung... steht ihr... Du... nicht ver... Fräule... Todtentu... hervor: ... Nein... verleugnen... geschenkt... Danac... geklagten... mit einer... einem Stul... Lauter... sodas der... Die... Vernehmung... vermagt sich... Ende zu le... Vor de... er Kundgeb... Mißfallens... einen Um... mstände bei... erhalten, se... Bezügl... wächters... bestand nich... te die in... wiesen erac... s handle f... Beweis zu... dentisch sei... er Herr St... führung ein... Sache für... u tum. ... Präsi... nicht erlobe... yb auf die... weanten ver... schon durch... über den T... Seiten der... eilt wird... nehmen, der... latbestand... Da vo... zeuge Dolte... -- S... v o l v e r h... drangen be... aber von d... reien ertap... Apotheker... durch Stre... brecher wur... -- Ci... Sturnau, in... mädchen, in... dem an... Band im Abkri... eine bis au... und Beier... -- Ci... gen deutsch... D. 31g... Djean zwis... Die Sonde... Luftschiffen... Benutzung... 4-5 Tagen... -- Ci... In Las Gr... eine Gruben... und Japan... Dr... Keil... mehr bekom... von Wats... wirkende... hons. All... Of. bei